

## Bericht

Anna Mattfeldt\*

### **„Diskursintervention – Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse“**

“Discourse Intervention – Normative Scale of Critique and Practical Perspectives for the Cultivation of Public Discourses”

**Bericht zur Tagung an der Universität Siegen, 31. Januar bis 1. Februar 2019**

Report on the Conference at the University of Siegen, 31 January to 1 February 2019

<https://doi.org/10.1515/zgl-2019-0018>

Ausgangspunkt der Tagung war die 2014 von Friedemann Vogel und Clemens Knobloch veranstaltete Tagung zu „Sprache und Demokratie“ (vgl. Sonderausgabe von *Linguistik Online* <https://bop.unibe.ch/linguistik-online/issue/view/514>), in der sich eine entscheidende Frage herauskristallisierte: Wie kann man als Wissenschaftler/-in mit Gefühlen der Empörung, wie sie viele angesichts mancher Äußerung in öffentlichen Diskursen befällt, umgehen? Ist eine Positionierung legitim, vielleicht sogar erforderlich? Ergibt sich speziell für Diskurslinguistinnen und -linguisten dabei vielleicht sogar eine Verschiebung im Fach hin zu einer kritischeren Haltung? Ziel der Tagung in Siegen war es, Impulse für diese Debatte zu geben und dabei die Rolle Diskursforschender zu reflektieren.

---

\*Kontaktperson: Dr. Anna Mattfeldt: Germanistisches Seminar, Universität Heidelberg, Hauptstraße 207–209, D-69117 Heidelberg, E-Mail: [anna.mattfeldt@gs.uni-heidelberg.de](mailto:anna.mattfeldt@gs.uni-heidelberg.de)

## Panel 1: Erfahrungen der Diskurskritik: Vorlage oder Problemfeld?

Einleitend zu diesem Panel verwies **Friedemann Vogel** (Siegen) auf verschiedene Ebenen, in denen sich Diskurskritik forschungshistorisch verortet: die kritische Diskursanalyse (etwa in Publikationen von Wodak, van Dijk, S. Jäger, Fairclough), die deskriptive Dokumentation von Diskursen durch die Sprach- und Diskursforschung sowie Formen der Guerillakommunikation (punktuelle Aktionen, die oft eine subversive und/oder künstlerische Komponente besitzen). Im Hinblick auf das Tagungsthema formulierte er die Leitfrage, ob Diskursintervention vom „Spielfeldrand“ der Analyse überhaupt möglich sei oder ob die Wissenschaft sich nicht vielmehr in den Diskurs und damit „auf das Spielfeld“ bewegen müsse.

Im Vortrag *Kritische Diskursanalyse – Zwischen akademischer Fingerübung und emanzipatorischer Praxis?* betrachtete **Martin Reisigl** (Bern) den Ausdruck „Intervention“ aus drei Perspektiven: 1) als ein „Dazwischenkommen“, bei dem dynamische Elemente durch eine Aktion voneinander getrennt werden, d. h. als eine Bewegungsmetapher; 2) als Krisenintervention, bei welcher der Status quo problematisiert wird, 3) als vieldeutiges Kompositum, das offenlässt, ob in den Diskurs eingegriffen wird, der Diskurs eingreift oder möglicherweise mittels eines Diskurses in etwas eingegriffen wird. Wenn wir als Forschende intervenieren, bedienen wir uns dabei Reisigl zufolge ebenso diskursiver Mittel. Reisigl beleuchtete verschiedene Aspekte der Kritischen Diskursforschung, die Diskursinterventionen betreiben, so zum Beispiel Leitlinien gegen sprachliche Diskriminierung oder Sprachbarriereforschung. Diese Formen der Interventionen charakterisierte er als oft wenig erfolgreich. Eine Diskursintervention könnte nach Reisigl nur aus einer Machtstellung heraus erfolgen und damit für Wissenschaftler/-innen lediglich im Kontext der akademischen Lehre. Dabei Studierende als Multiplikatoren von Wissen zum Nachdenken anzuregen, könne mittelbar zu erfolgreichen Diskursinterventionen führen – die Macht des sogenannten Elfenbeinturms solle dabei nicht unterschätzt werden.

**Martin Wengeler** (Trier) blickte in seinem Vortrag *Unwort des Jahres – Diskursensibilisierung oder Medien-Hype?* auf die langjährige Arbeit in der Jury zum Unwort des Jahres zurück. Das Unwort des Jahres 2018, „Anti-Abschiebe-Industrie“, wurde – wie so oft in den letzten Jahren – von großer Medienaufmerksamkeit begleitet, auch mit kritischen Einschätzungen etwa durch die BILD-Zeitung, die den Vorwurf erhob, es handle sich um Sagbarkeits-Regeln, die Menschen das freie Sprechen verbieten wollten. Hinter der Wahl zum Unwort des Jahres steckt Wengeler zufolge das Bestreben, die Grenzen des öffentlich Sagbaren nicht immer

weiter in den Zynismus verschieben zu lassen. Die Kriterien für die Auswahl des Unwortes sind dabei laut Wengeler eher moralisch-ethischer als linguistischer Natur; die Jury erhebe keinen diskursanalytischen Anspruch. Die 1991 von Horst Dieter Schlosser begründete Aktion setzt sich zum Ziel, einen Beitrag zur kritischen Reflexion eigenen und fremden Sprachgebrauchs zu leisten.

Im Anschluss diskutierte **Hagen Schölzel** (Erfurt) über das mögliche *Ende der Guerillakommunikation? Von der Diskursintervention zu den kontroversen Dingen*. Dabei stellte er besonders frühe Formen der Guerillakommunikation, den Dadaismus als Diskursintervention seiner Zeit, in den Vordergrund. Diese regelbrechenden Formen wurden vielfach aufgegriffen, auch in politischen Kontexten: Einer alternativlos erscheinenden Politik, in der alles klar festgelegt werden soll, stehen in Schölzels Darstellung die Unterbestimmtheit in Formen wie dem Dadaismus oder Satire wie in „Die Partei“ gegenüber. Dabei kommen z. B. bewusst sinnentleerte Formen zum Einsatz, etwa parodierte politische Slogans, die diese Art der Politik ins Lächerliche ziehen. Schölzel kritisierte, dass so nicht die echten Probleme thematisiert würden und man Guerillakommunikation jeweils im historischen Kontext betrachten solle. Zudem griffen rechte Bewegungen diese Formen der Diskursintervention mittlerweile auf, ohne die ursprüngliche emanzipatorische Wirkung erzielen zu wollen. Man müsse, so Schölzel, vielmehr versuchen, zu den wirklichen Kontroversen zu gelangen, anstatt in der Guerillakommunikation aus einer marginalen Position heraus einzugreifen.

Am Beispiel von Migrations- und Rassismusk Diskussionen widmete sich auch **Wolf-Andreas Liebert** (Koblenz) in seinem Vortrag *Diskursintervention: Die paradoxen Guerilleros* der Frage nach Formen der Diskursintervention und der Frage, wie linguistische Analytiker/-innen zum Diskurs stehen. Auch Analytiker/-innen seien in ihren Interpretationen in den Diskurs eingebunden; der Ausdruck „Diskursintervention“ verweise auf problematische Weise auf ein „Innen“ und „Außen“ in Bezug auf den Diskurs und die Personen, die ihn analysieren. Liebert plädierte dafür, Interventionen eher als Vorschlag zu sehen und mit Empathie Kontakt in das Forschungsfeld aufzubauen. Die Bereiche der Intervention sollten Liebert zufolge nach dem Prinzip der lebensweltlichen Nähe gewählt werden. Blinde Flecken der Analyse und persönliche Voreinstellungen müssten dabei ebenfalls deutlich gemacht werden. Die Kunst der Ad-hoc-Analyse, die direkt einen Beitrag leistet, wurde dabei als Ideal vorgestellt. Die Plattform „Diskursmonitor“, die in Siegen vorbereitet wird (s. unten zum Vortrag von Friedemann Vogel, Jan-Oliver Rüdiger und Fabian Deus), könnte dabei helfen, zeitnah Beiträge für aktuelle Diskurse zu formulieren, etwa wenn darin übergreifende Diskursstränge und -konstellationen gezeigt werden.

## Panel 2: Normative Maßstäbe der Kritik I

**Ralph Christensen** (Mannheim) sprach in seinem Vortrag *Verfassungsmaßstäbe* aus juristischer Perspektive über die Frage, ob die Verfassung ein Maßstab für die Bewertung von Diskursen und damit für diskursive Forschung an sich sein könne. Mit Bruno Latour unterschied er die einbeziehende Gewalt (welche Grundsätze sollen im System aufgenommen werden?), die ausschließende Gewalt (sind diese Grundsätze verträglich?) und die reflektierende Gewalt (ergibt sich aus dieser Dialektik ein Entwicklungsprozess?). Christensen plädierte lediglich für ein vorsichtiges Anknüpfen an die Verfassung, da gerade die diskursive Gewaltenteilung Maßstab einer Diskursintervention sein sollte. Auch die Grundrechte seien geprägt von einem ganz bestimmten Menschenbild. Er verwies auf die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die das Recht gegen seine eigene ursprüngliche Ideologie mobilisierte, als mögliches Vorbild für Diskursinterventionen.

**Ekkehard Felder** (Heidelberg) trat für eine klare Trennung von Politik und Wissenschaft ein. Unter dem Titel *Strukturelle Dialogizität* stellte er seinen Ansatz zur Demokratisierung durch Dialog vor. Wissenschaftler/-innen könnten demzufolge vor allem Formen und Funktionen in ihrer Wirkung beschreiben und damit der Öffentlichkeit Informationen zur eigenen Entscheidungsfindung geben. Für Felder sollte dabei kein Themenbereich von der Diskussion von vornherein ausgeschlossen sein. Eine Homogenisierung in der wissenschaftlichen oder journalistischen Darstellung sei unzulässig und verstoße gegen die Aushandlungsregeln, die in einer Demokratie bestünden. Der Ansatz der strukturellen Dialogizität beinhalte gegenüber homogenisierten Diskursen Debatten und Dialoge auf verschiedenen Ebenen (etwa auch über Social Media oder Leserbriefe) und könne eine Form der Diskursintervention darstellen – „wer debattiert, interveniert!“.

**Dorothee Meer** (Bochum) baute in ihrem Vortrag *Deskriptive Norm* auf einem Ansatz von Reinhard Fiehler auf, um den Normbegriff zu differenzieren. Sie nutzte das Begriffspaar der deskriptiven Norm (handlungsleitende Regularitäten, die man in einer Gesprächsanalyse herausarbeiten kann) und der präskriptiven Norm (kommunikative Empfehlungen, die bereits vorempirisch ausgemacht werden können). Meer ergänzte diese Normen um die ethischen Normen, die gezielt diskutiert werden sollten. Als Beispiel diente ihr die Analyse der Berichterstattung zu Operation „Sophia“ in der Tagesschau und auf tagesschau.de. Sie arbeitete Diskrepanzen zwischen der präskriptiven Norm (z. B. juristische Vorgaben oder das politische Ziel, Schlepperbanden zu zerschlagen) und der deskriptiven Norm (z. B. strategische und militärische Aspekte, welche laut Meer zwar eigentlich die Handlungen bestimmen, aber nicht offiziell als ausschlaggebend genannt würden und damit nicht Teil der präskriptiven Norm seien) heraus. Den größten

Diskussionsbedarf sah Meer bei den ethischen Normen. Diese seien auch dann implizite Bestandteile der beiden anderen Normbegriffe, wenn sie nicht explizit thematisiert werden, und müssten untersucht werden.

### **Panel 3: Pflege der öffentlichen Diskursmoral: Erfolgsmodell oder zum Scheitern verurteilt?**

Zum Auftakt des dritten Panels sprach **Clemens Knobloch** (Siegen) in seinem Vortrag *Moralkommunikation ist billig – Moral ist teuer* über Moralisierung als kommunikative Ressource mit verschiedenen Einflussmöglichkeiten. Dabei unterschied er zwischen einer Vorderbühne, auf der Moralisierung eine wichtige Rolle spielt, und einer Hinterbühne, auf der sich die eigentlichen Machtfaktoren abseits der Moralisierung zeigen. Die moralisierenden Gegenstrategien der Liberalen gegen den neuen Rechtspopulismus kritisierte Knobloch als kontraproduktiv. Moralisierung, gerade auf der Sprachebene, hat laut Knobloch die paradoxe Folge, lediglich Munition für bewusste sprachliche Provokationen zu liefern. Schon der Ausdruck „moralisieren“ habe etwa gegenüber „Ethik“ etwas Negatives. Moralisierungen erschwerten wirklichen Dissens, so Knobloch, und führten zur Alternativlosigkeit: Wer sich anders äußere, sei bei einem moralisierten Diskurs unmoralisch und damit diskreditiert. Diese Strategie läuft laut Knobloch Gefahr, als Erziehungsversuch verstanden zu werden, und führe zu entsprechender Abwehr. Knobloch forderte statt Moralisierung in den Medien eher Aufklärung des Journalismus im Sinne rücksichtsloser Kritik an elitären Strukturen.

Auf diesen Vortrag aus sprachwissenschaftlicher Perspektive folgten Einblicke in die journalistische Praxis, zunächst im Vortrag *Kritik der Medien – Medien der Kritik* von **Annette Leitner** (NDR-Fernsehen). Sie schilderte Dilemmata aus journalistischer Perspektive, etwa im Umgang mit Rechtspopulismus: Soll über provokante Äußerungen berichtet werden – in der Gefahr, zu ihrer Verbreitung beizutragen – und wenn ja, sollten sie kritisch kommentiert werden? Sie wies dabei auch auf die Rolle unterschiedlicher Formate hin und nahm besonders Nachrichtenformate in den Blick, deren transparenter Umgang mit Fehlern sich ihr zufolge in den letzten Jahren verbessert habe. Gleichzeitig könne ein solcher offener Umgang mit Fehlern das Vertrauen in Medien jedoch noch zusätzlich erschüttern.

**Wolfgang Lieb** (Stuttgart) ging in seinem Vortrag *Pflege der öffentlichen Diskursmoral: Erfolgsmodell oder zum Scheitern verurteilt?* zunächst in einer Erwiderung auf Knoblochs Vortrag ein und hielt alternative Formen der Kritik,

die nicht moralisierend wirken, für denkbar. Er betonte die Rolle der Medien in einer Demokratie und unterschied im Umgang mit Fehlern der Medien zwischen berechtigter Medienkritik und ungerechtfertigten Angriffen mit Ausdrücken wie „Lügenpresse“. Die gegenwärtige Verrohung der Sprache sah er als politisches Alarmsignal und betrachtete dabei nicht zuletzt die Kommunikation im Internet als Ursache. Als Gegenmaßnahme empfahl Lieb, auf bevormundende Gegenpropaganda zu verzichten, und plädierte vor allem für präzise Trennungen (z. B. zwischen Bericht und Kommentar) und Genauigkeit (mit Verweis auf ein Zitat von Carolin Emke: „Präzise lässt sich nicht gut hassen“). Zudem solle das Abgrenzungsverhalten zwischen Medien einerseits und bestimmten Teilen der Netzcommunity andererseits aufgebrochen werden. Eine Möglichkeit seien hier öffentlich-rechtliche Onlineportale.

**Katja Thorwarth** (Frankfurter Rundschau) konstatierte in ihrem Vortrag *Diskursinterventionen: Kultivierung des öffentlichen Diskurses. Ist die Pflege der öffentlichen Diskursmoral zum Scheitern verurteilt? Theorie und Praxis am Beispiel der Medien im Allgemeinen und des Journalismus im Speziellen*, dass sich der Diskurs insgesamt nach rechts verschoben habe, auch in bürgerlichen Medien. Als Beispiel nannte sie den Ausdruck „Grenzöffnung“, der teils durch die Medien übernommen worden sei. Sie stellte die Frage, welchen Bezugsrahmen die Medien wählen und wo sie eine „rote Linie“ ziehen sollten. Thorwarth plädierte dafür, nicht jede Thematik zur Diskussion zu stellen und nicht jedem Akteur eine Bühne in den Medien zu bieten. Gleichzeitig müsse sowohl linksalternative als auch rechte Medienkritik eingeordnet werden; dies führe wiederum aber teilweise dazu, dass der Bezugsrahmen erweitert werde, um niemanden auszugrenzen und sich nicht der Lügenpresse-Kritik auszusetzen. Thorwarth kritisierte eine solche Erweiterung des Sagbaren als vorauseilenden Gehorsam und forderte Haltungsjournalismus, da eine vollständige Objektivität ohnehin nicht möglich sei.

## Panel 4: Normative Maßstäbe der Kritik II

**Stephan Packard** (Köln) nahm in seinem Vortrag *Kritik der medialen Kontrolle* eine medienkulturwissenschaftliche Perspektive ein und bezog sich vor allem auf Michel Foucault. Es gelte, Machtabhängigkeiten in Foucaultscher Tradition zu zeigen und darauf Diskursinterventionen auszurichten. Dabei unterschied er manifeste Diskurse (in die auch das eingeschlossen ist, was zensiert wird!) von latenten Diskursen, die noch über das bewusst Ausgeschlossene hinausgingen. Er unterschied zudem „police“ als Position, die noch Teil des Machtgefüges ist

(selbst bei Opposition!), und „politique“ als eine nicht im Machtgefüge lokalisierbare Position. Eine „mésentente“ im Sinne einer Irritation oder Diskrepanz zwischen „police“ und „politique“ stellte Packard entsprechend dann fest, wenn wir uns im Diskurs über eine Kontroverse mit einem Gesprächspartner bewusst würden, aber ein Gespräch miteinander darüber nicht möglich sei, da das Gegenüber nicht im selben Diskursgefüge argumentiere. Das Gespräch müsse folglich in einer solchen Situation scheitern, wenn nicht beide Seiten gleichermaßen im gleichen Diskurs diskutierten.

**David Salomon** (Hildesheim) widmete sich in seinem gleichnamigen Vortrag dem *Engagement*. Soziales Engagement könne sehr vielfältig gesehen werden: als etwas Selbstloses und Positives, aber auch als Möglichkeit, durch ehrenamtliche Tätigkeiten der Bürger die Ausgaben des Sozialstaats gering zu halten. Auch soziales Engagement kann laut Salomon eine politische Funktion haben; politisches Engagement grenzte Salomon davon jedoch als besondere Form ab, etwa wenn soziales Engagement in Form einer Willkommenskultur zum Politikum werde – politisches Engagement sei damit immer auf Öffentlichkeit bezogen und beuge sich in öffentliche Konflikte. Mit Perspektive auf die Rolle des/der Intellektuellen verwies Salomon auf Emile Zola, der seine besondere Sprecherposition genutzt habe, um in politische Diskurse und speziell die Dreyfus-Affäre zu intervenieren. Dem stellte er Bourdieus Haltung gegenüber, Intellektuelle sollten v.a. in ihren vertrauten Domänen intervenieren. Für Salomon lag ein grundsätzliches Problem aktueller Diskurse auch darin, dass Öffentlichkeit stark in verschiedene Filterblasen zergliedert sei. Ziel müsse es sein, zentrale Konflikte in einer einzigen politischen Öffentlichkeit zusammenzuführen und zu diskutieren.

**Friedemann Vogel** (Siegen) unterstrich in seinem Vortrag *Demokratisches Sprechen* Unterschiede zwischen Maßstäben für die Politik (z. B. der Blick auf die eigene Wähler- oder Interessengruppe) und der Notwendigkeit für Wissenschaftler/-innen, sich nach wissenschaftlichen Maßstäben zu richten und erst nach Abwägung aller Aspekte Empfehlungen aussprechen zu können. Innerlinguistische Maßstäbe wie Angemessenheit hätten das Problem, Sprache zum Maßstab von Sprache zu machen. Außerlinguistische Maßstäbe können etwa die Grundrechte sein. Als problematisch bei der Berufung auf bestimmte Werte sah Vogel jedoch die Überladung von positiv bewerteten Hochwertwörtern wie z. B. „Demokratie“. Binde man diese an Gesetzestexte, laufe man Gefahr, der Jurisprudenz die Hoheit über die Werte zu übergeben. Vogel sprach sich für eine Rückeroberung der Hochwertwörter aus und berief sich dabei auf Wolf-Dieter Narr. Vier zentrale Grundbedürfnisse manifestierten sich laut Narr immer wieder in der Geschichte der sozialen Bewegungen und schafften bis heute einen Ordnungsrahmen, innerhalb dessen man Aushandlungen vornehmen könne:

Freiheit, soziale Anerkennung, sozioökonomische Gleichheit in Bezug auf eine Bezugsgruppe und das Streben nach persönlicher Integrität. Nahe am Konzept der strukturellen Dialogizität (vgl. Vortrag von Ekkehard Felder) verortete Vogel das Konzept demokratischer Rede, welche beim Erlangen dieser Grundbedürfnisse von entscheidendem Wert sei. Derzeit stehe eine Partizipation aber nur privilegierten Gruppen offen und sei stark von Faktoren wie z. B. Bildung und sozioökonomischem Hintergrund der Eltern abhängig.

## Panel 5: Interventionsmöglichkeiten gegen rechte Ideologien: analog & digital

**Hajo Diekmannshenke** (Koblenz) kritisierte in seinem Vortrag *Argumentieren oder ignorieren? Rechtspopulistische Provokationen im Netz* Twitter als hasserfüllt und schon aufgrund der Zeichenbeschränkung als unzureichend für politisch motivierte Diskursinterventionen. Diekmannshenke betrachtete dabei vor allem Tweets zum Angriff auf den Bremer AfD-Abgeordneten Frank Magnitz und stellte die politischen Nutzungsformen der Plattform heraus. In Bezug auf Diskursinterventionen stimmte er Walther Dieckmann zu, dass politisches Engagement den Gang der wissenschaftlichen Untersuchung nicht bestimmen dürfe. Eine Analyse solle vor allem beschreiben und auch argumentieren (etwa in Formaten wie dem Diskursmonitor, s. unten zum Vortrag von Friedemann Vogel, Jan-Oliver Rüdiger und Fabian Deus); strukturelle Dialogizität solle dabei garantiert bleiben, doch Empörung und Moralisierung seien wenig hilfreich.

**Tino Heim** (Göttingen) konstatierte in seinem Vortrag *Normalisierungs- und Skandalisierungsstrategien unterlaufen – Inhalte ernstnehmen. Perspektiven für Gegenstrategien zu rechten Diskursinterventionen*, dass sich Rechte in einer Opferrolle inszenierten. Er verwies auf Beispiele etwa der identitären Bewegung, die ihre Gegner/-innen zu unfreiwilligen Bestandteilen der eigenen Inszenierung gemacht hätten, etwa in Debatten. Diese Gruppen erhielten Aufmerksamkeit dadurch, dass sie von sich behaupteten, Unsagbares zu sagen (selbst wenn ähnliche Aussagen im Diskurs schon nachweislich existieren). Heim befürwortete zum einen, auf diese längst vorhandenen Diskurse hinzuweisen und mit Parodie und Satire auf Provokationen zu reagieren. Zum anderen hielt er es für sinnvoll, zu schauen, was möglicherweise wahr an der Kritik sei und wo tatsächlich grundlegende Probleme, z. B. Verweise auf die Krise des Wohnungsmarkts, durch die aufgebrachte Rhetorik durchschimmerten.

**Sabine Schiffer** (Frankfurt) berichtete von ihrer Arbeit am Institut für Medienverantwortung. In ihrem Vortrag *Medien zwischen Reflex und Relevanz* legte sie

das Augenmerk u. a. auf Verneinungen als schwierige Reaktion auf Verleumdungen im Diskurs, da das Unterbewusstsein die Verneinung nicht erkenne – ein verneinter Inhalt werde trotzdem als Inhalt abgespeichert. Als Grund für den Erfolg von Negativkampagnen, die politische Gegner/-innen diffamieren statt positiv eigene Inhalte zu besetzen, sah sie unter anderem das Phänomen, dass es leichter sei, Menschen zu demotivieren, als sie für etwas Positives zu begeistern. In digitalen Räumen kommen Schiffer zufolge weitere Herausforderungen hinzu. Sich wirklich auf den strittigen Sachverhalt an sich zu konzentrieren und zu informieren sei nicht zuletzt aufgrund der Algorithmen im Onlinebereich schwierig: Suche man nach bestimmten kontroversen Sachthemen, finde man oft zuerst die aufgeheizte Debatte, nicht die Aufklärung über Inhalte.

## Panel 6: Linguistische Diskursintervention – konkret

Im letzten Panel der Tagung ging es um die konkreten Formen linguistischer Diskursinterventionen. **Noah Bubenhofer** (Winterthur) stellte in seinem Vortrag *Linguistisches Hacking* die Perspektive der angewandten Linguistik vor. Er betonte die Diskrepanz, die sich zurzeit für Sprachwissenschaftler/-innen zeige: Automatisierte Sprachanalyse ist zwar auf dem Vormarsch, linguistische Forschung werde dabei aber oft nicht einbezogen. Die verwendeten Verfahren zur Sprachanalyse seien dadurch oft alinguistische Methoden. Anhand von Geokollokationen und der Analyse von Geburtsberichten im Internet zeigte Bubenhofer Aspekte der Kulturanalyse und der Digital Linguistics. Zum Abschluss formulierte er vier Thesen zum linguistischen Umgang mit dem digitalen Wandel: 1) Forderung nach einer kritischen Methodenreflexion gegenüber den alinguistischen Methoden, die zur Zeit Anwendung fänden, 2) Hacking der Methoden: z. B. Twitterrends verstehen und dann spielerisch damit umgehen, 3) angewandte Diskurslinguistik als Brücke in interdisziplinärer Zusammenarbeit, 4) ethische Selbstverpflichtung, etwa in der Transparenz von Kooperationen und Zielen der Forschung.

Abschließend stellten **Friedemann Vogel**, **Jan-Oliver Rüdiger** und **Fabian Deus** das im Laufe der Tagung bereits mehrfach thematisierte geplante Onlineportal *Diskursmonitor* ([www.diskursmonitor.de](http://www.diskursmonitor.de)) vor. Da die Erkenntnisse der Diskurslinguistik meist in der eigenen Wissenschaftscommunity verbleiben, soll hier ein Portal geschaffen werden, das die Essenz von Studien zusammenführt und Strukturmuster von Diskursen und Formen strategischer Kommunikation zeigt. Zielgruppe sind Wissenschaftler/-innen, Lehrende, Politiker/-innen und andere Interessierte. Es sollen Orientierungsangebote für die außerakademische Praxis

geschaffen werden, vor allem mit vier Angeboten: Glossar, Reviews (mit Interviews), einem Diskursbarometer und der Werkstatt, in der Fragen gesammelt werden können. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich mit Beiträgen zu beteiligen.

In der Abschlussdiskussion äußerten viele Teilnehmer/-innen den Wunsch nach weiterem Austausch, eventuell auch einem weiteren Workshop. Die Ergebnisse sollen in kurzen Onlineformaten veröffentlicht werden, sodass auch die interessierte Öffentlichkeit sie rezipieren könne. Grundlage könnten die schon im Vorfeld der Tagung veröffentlichten kurzen Thesenpapiere sein ([www.diskursintervention.diskursmonitor.de](http://www.diskursintervention.diskursmonitor.de)).